

## **Stellungnahme von CDU Fraktion und der FDP Altenholz zum Bürgerbegehren:**

### **CDU und FDP Altenholz beantragen Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den geplanten Windpark**

Nach der Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zum geplanten Windpark in Altenholz wird die Gemeindevertretung am 18. März über das weitere Vorgehen entscheiden. Die CDU-Fraktion und die FDP kündigen an, einen Antrag auf Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 3. November 2025 einzubringen.

Rund 2.500 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger – etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten in Altenholz – haben das Bürgerbegehren unterstützt. „Eine solche Beteiligung ist für eine kommunale Initiative bemerkenswert. Dieses Engagement verdient Respekt und ist ein deutliches politisches Signal aus der Bürgerschaft, das wir ernst nehmen“, erklärt die Fraktionsvorsitzende Stefanie Mackeben-Zenker.

Die Gemeindeordnung sieht die sogenannte „Abhilfe“ vor. Das bedeutet, dass die Gemeindevertretung das Anliegen eines Bürgerbegehrens selbst umsetzen kann. CDU und FDP werden daher beantragen, den Aufstellungsbeschluss entsprechend dem Bürgerbegehren aufzuheben. In diesem Fall wäre ein Bürgerentscheid nicht mehr erforderlich.

Gleichzeitig betonen die CDU und die FDP, dass ihre Haltung nicht neu sei. „Wir haben dem Aufstellungsbeschluss im November 2025 nicht zugestimmt. Unsere Position ist daher unabhängig vom Bürgerbegehren. Unsere Zweifel an der Realisierbarkeit des Projekts haben sich seither eher verstärkt“, so Mackeben-Zenker.

„Das öffentliche bzw. gemeindliche Interesse muss deutlich überwiegen, damit die Bürger die Nachteile des Projektes in Kauf nehmen müssen, und das sei hier nach Meinung der FDP nicht der Fall“, sagt Dirk Ryll, Gemeindevertreter und Ortsvorsitzender der FDP.

Die CDU stellt klar, dass sie grundsätzlich für den Ausbau erneuerbarer Energien eintritt. „Die Energiewende ist richtig und notwendig. Windenergie muss jedoch geordnet und im Rahmen der landesweiten Planung erfolgen. Für Altenholz ist dort derzeit keine Fläche für Windkraft vorgesehen. Außerdem hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass zusätzliche Ausnahmen einzelner Gemeinden nicht nötig sind, um die klimapolitischen Ziele des Landes zu erreichen“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende David Rose.

„Unser Ziel ist eine sachliche und verantwortungsvolle Entscheidung. Wir halten es für richtig, das Verfahren an dieser Stelle zu beenden und uns auf Projekte zu konzentrieren, die realistisch umsetzbar sind und unsere Gemeinde langfristig stärken“, so Rose.

Altenholz, den 02. März 2026